

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Alois Kainz und Mag. Gerhard Kaniak  
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz  
betreffend **Versorgungslage in der Kinder- und Jugendpsychiatrie**

Die Anzahl stationär behandelter Kinder und Jugendlicher ist insbesondere seit der COVID-19-Pandemie dramatisch gestiegen – insbesondere bei Angststörungen, Depressionen und Essstörungen. Die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung ist vielerorts überlastet, Wartezeiten von Wochen bis Monaten sind die Folge. Für Betroffene bedeutet dies einen massiven Leidensdruck und Verzögerungen beim Zugang zu dringend notwendiger Hilfe.

Daher ist es aktuell geboten, die Angebote zur Stärkung der psychosozialen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Österreich auszubauen. Der Fokus soll dabei insbesondere auf dem Auf- und Ausbau von multiprofessionellen Einrichtungen, von Modellen für Home Treatment sowie von kassenfinanzierten Sachleistungen liegen.

Auch der Berufsverband Österreichischer Psychologinnen und Psychologen (BÖP) unterstreicht die Notwendigkeit gezielter Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung und Prävention. Der BÖP fordert insbesondere den flächendeckenden und kostenfreien Zugang zu klinisch-psychologischer Behandlung, die Stärkung multiprofessioneller Einrichtungen sowie die nachhaltige Implementierung kassenfinanzierter Sachleistungen – insbesondere im Kinder- und Jugendbereich, aber auch darüber hinaus:

*„Wir benötigen flächendeckenden, kostenfreien Zugang zu klinisch-psychologischer Behandlung für alle, die es benötigen – gerade für Kinder und Jugendliche“, betont BÖP-Präsidentin a.o. Univ.-Prof.in Dr.in Beate Wimmer-Puchinger. „Wir unterstützen den empfohlenen Auf- und Ausbau von multiprofessionellen Einrichtungen und die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams. Die Implementierung kassenfinanzierter Sachleistungen für klinisch-psychologische Behandlung ist nicht nur eine wirksame Maßnahme insbesondere für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, sondern eine Notwendigkeit.“ Der BÖP, als größte Vereinigung für psychische Gesundheit in Österreich, begrüßt die Empfehlungen des Rechnungshofes und fordert deren rasche Umsetzung: „Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen entscheidet über ihre gesamte weitere Entwicklung. Jede Verzögerung vergrößert das Leid und die Folgekosten. Als größte Vereinigung für psychische Gesundheit in Österreich stehen wir mit unserer Expertise bereit, um die Versorgungslücke nachhaltig zu schließen“, so a.o. Univ.-Prof.in Dr.in Beate Wimmer-Puchinger.“<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20250901\\_OTS0030/boep-begruesst-rechnungshof-empfehlung-zum-ausbau-der-psychologischen-versorgung-von-kindern-und-jugendlichen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250901_OTS0030/boep-begruesst-rechnungshof-empfehlung-zum-ausbau-der-psychologischen-versorgung-von-kindern-und-jugendlichen)

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

### Anfrage

1. Inwiefern werden Sie die Forderungen des BÖP für die Versorgungslage in der Kinder- und Jugendpsychiatrie berücksichtigen?
2. Stehen Sie im regelmäßigen Austausch mit dem BÖP?
  - a. Wenn ja, finden deren Forderungen Gehör?
3. Inwiefern reagiert Ihr Ministerium derzeit auf die im Rechnungshofbericht festgestellte dramatische Zunahme an stationären Behandlungen von Kindern und Jugendlichen im Bereich psychischer Erkrankungen (Angststörungen, Depressionen, Essstörungen)?
4. Welche konkreten Maßnahmen wurden seit Beginn der COVID-19-Pandemie gesetzt, um die Versorgungskapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu erhöhen?
5. Wie viele zusätzliche stationäre und ambulante Behandlungsplätze wurden seit 2020 geschaffen? (Bitte um eine Aufschlüsselung nach Bundesland und Jahr)
6. In welchem Ausmaß sind derzeit multiprofessionelle Einrichtungen in Österreich verfügbar, die speziell auf Kinder- und Jugendpsychiatrie ausgerichtet sind?
  - a. Sind diese ausreichend?
  - b. Wenn nein, welche Maßnahmen ergreifen Sie, um die Versorgung zu decken?
7. Welche Schritte wurden bislang zur Umsetzung von Home-Treatment-Modellen gesetzt?
  - a. In welchen Regionen bestehen Pilotprojekte?
  - b. Gibt es hierzu Evaluierungen?
8. Plant Ihr Ministerium, Home-Treatment-Modelle flächendeckend einzuführen?
  - a. Wenn ja, in welchem Zeitplan?
  - b. Wenn ja, welche Maßnahmen haben Sie hierzu gesetzt?
9. Wie viele klinisch-psychologische Behandlungen für Kinder und Jugendliche werden derzeit kassenfinanziert angeboten?
10. Welche Pläne gibt es, kassenfinanzierte Sachleistungen im Bereich der klinisch-psychologischen Behandlung auszubauen – insbesondere über das zeitlich begrenzte Projekt „Gesund aus der Krise“ hinaus?
11. Ist vorgesehen, die kassenfinanzierte klinisch-psychologische Behandlung auch im Erwachsenenbereich systematisch auszubauen?
  - a. Wenn ja, in welchem Umfang?
12. Welche Budgetmittel sind für die kommenden drei Jahre für den Ausbau der psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen vorgesehen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Zweckwidmung)
13. Welche Kooperationen mit Berufsverbänden wie dem BÖP bestehen aktuell, um die Expertise in die Versorgungsgestaltung einzubinden?
14. Welchen Zeitplan gibt es zur Umsetzung der zentralen Empfehlungen des Rechnungshofes?



